Stand: 13.12.2025 08:20:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9394

"Ausreichende Kapazitäten für Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen, unnötige Umverteilungen vermeiden"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9394 vom 09.12.2015
2. Beschluss des Plenums 17/9507 vom 10.12.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 10.12.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.12.2015 **Drucksache 17/9394**

# Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

**Ausreichende Kapazitäten für Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen, unnötige Umverteilungen vermeiden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. zu prüfen, inwieweit ungenutzte Kapazitäten, insbesondere der Aufnahmeeinrichtungen in Bamberg und Manching, für Erstaufnahmeeinrichtungen genutzt werden können,
2. sicherzustellen, dass ausreichend Kapazitäten für Erstaufnahmeeinrichtungen im Freistaat vorhanden sind,
3. Umverteilungen aus Gemeinschaftsunterkünften in die beiden Aufnahmeeinrichtungen Bamberg und Manching auf diejenigen Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu beschränken, die zuvor nicht länger als einen Monat in einer anderen Einrichtung untergebracht waren, sowie
4. in diesem Zusammenhang besonders darauf zu achten, dass Flüchtlinge, bei denen bereits umfassende Integrationsmaßnahmen begonnen haben, nicht umverteilt werden.

**Begründung:**

Die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus den sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkans ist in den vergangenen Monaten spürbar zurückgegangen: So stellten im November 2015 beispielsweise nur noch 549 Menschen aus dem Kosovo einen Erstantrag in Deutschland – im Gegensatz zu 11.147 Personen, die dies im März 2015 getan hatten. Für die anderen Westbalkanstaaten lassen sich, wenngleich in unterschiedlich starker Ausprägung, ebenfalls Rückgänge beobachten. Diese Entwicklung hat auch zur Folge, dass derzeit in den eigens für diese Personengruppen gedachten Aufnahmeeinrichtungen Bamberg und Manching teils ungenutzte Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Hingegen herrscht nach wie vor ein Mangel in Bezug auf die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern. Hier steht (wie in der Vergangenheit bereits wiederholt von der SPD-Landtagsfraktion betont) der Freistaat in der Pflicht, eine angemessene Zahl an Plätzen sicherzustellen, ohne dass dies zu Lasten einer menschenwürdigen Unterbringung geht.

Darüber hinaus hat die Staatsregierung auch dafür Sorge zu tragen, dass Umverteilungen aus anderen Einrichtungen (beispielsweise Gemeinschaftsunterkünften) in die beiden Aufnahmeeinrichtungen Bamberg und Manching nur in Ausnahmefällen stattfinden. Personen, die bereits seit mindestens einem Monat in anderen Einrichtungen untergebracht sind und bei denen möglicherweise sogar umfassende Integrationsmaßnahmen stattgefunden haben, dürfen ausdrücklich nicht hierunter fallen. Sowohl aus humanitären als auch aus pragmatischen Gründen ist anzustreben, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber ihr Verfahren möglichst an einem Ort durchlaufen können.

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.12.2015 **Drucksache** 17/**9507**

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**9394**

**Ausreichende Kapazitäten für Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen, unnötige Umverteilungen vermeiden**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Christine Kamm
Abg. Arif Taşdelen
Abg. Thomas Huber
Abg. Eva Gottstein
Staatsministerin Emilia Müller

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 26** auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
**Schaffung neuer Erstaufnahmeplätze, Rückführungseinrichtungen umwandeln (Drs. 17/9372)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)**
**Ausreichende Kapazitäten für Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen, unnötige Umverteilungen vermeiden (Drs. 17/9394)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm von den GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Christine Kamm** (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Schon lange bei uns lebende Menschen, ja ganze Familien, die seit vier oder fünf Jahren oder noch länger bei uns leben und die von den Ausländerbehörden aus guten Gründen immer wieder eine verlängerte Duldung bekommen haben, die sich integriert haben und Deutsch sprechen, bekommen plötzlich Bescheide der Regierungspräsidenten, mit denen sie verpflichtet werden, innerhalb von zwei bis drei Tagen, quasi von heute auf morgen, in eine Rückführungseinrichtung umzusiedeln. Diejenigen, die diese Bescheide ausstellen, nehmen keine Rücksicht auf den Schulbesuch der Kinder, auf die Weihnachtsfeier in der Schulklasse, auf Freundschaften, die in der Klasse entstanden sind, mit der diese Kinder jahrelang gemeinsam gelernt haben, auf die von den Kindern und den Eltern erb-

rachten Integrationsleistungen, auf Ausbildung, Arbeit und besondere Lebensumstände.

In Regensburg ist zum Beispiel eine siebenköpfige Familie von der Umsiedlung betroffen. Die Mutter hat wegen einer Krebserkrankung gerade eine Krankenhausbehandlung hinter sich. Auch eine seit 19 Jahren bei uns lebende Serbin erhielt einen entsprechenden Umsiedlungsbescheid.

Anderen wird die Arbeitserlaubnis mit dem Hinweis entzogen, dass sie demnächst ohnehin nach Bamberg oder Manching umziehen müssten. Durch diese Umsiedlungsaktionen werden schon lange bei uns lebende Menschen aus ihrem gewohnten Lebensumfeld gerissen. Dadurch wird diesen Menschen die Lebensperspektive genommen, und ihre Freundschaften werden auseinandergerissen. Diese Umsiedlungsaktionen sind ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die gehofft haben, sich durch Integrationsbemühungen eine Lebensperspektive in diesem Land schaffen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf diese Menschen müssen solche Bescheide verheerend wirken. Diese Menschen haben gehofft, indem sie genau das tun, was die CSU in ihren Integrations-Eckpunkten fordert, sich in diesem Land eine Lebensperspektive schaffen zu können. Sie erhalten aber, kurz bevor sie aufgrund der Dauer ihres Aufenthalts den Anspruch auf eine Anerkennung des Bleiberechts bekommen, eine solche Umsiedlungsaufforderung.Diejenigen, die sich stets um Integration bemüht haben, sollten unserer Meinung nach diese Bemühungen auch honoriert bekommen. Sie sollten nicht von heute auf morgen aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bescheide zu dieser Umsiedlung führen bei den Betroffenen zu Panik, Angst und Entsetzen. Fünfköpfige Familien tauchen über Nacht unter. Sogenannte sichere Her-

kunftsstaaten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind nämlich nicht für alle Menschen sicher. Sie sind vor allem nicht für alleinerziehende Romamütter sicher. Wir meinen, wer hier jahrelang mit einem Duldungsstatus und mit positiven Integrationsbemühungen gelebt hat, der muss ein Recht darauf haben, dass seine Aufenthaltsfragen auf ordentliche Art und Weise geklärt werden. In einem Rechtsstaat erwarten wir Klarheit und Verlässlichkeit und keine Panikmache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verlagerung von Gemeinschaftssystemen in Aufnahme- und Rückkehreinrichtungen, die zum Erstaufnahmesystem gehören, ist außerdem rechtlich mehr als fragwürdig. Die Verwaltungsgerichte signalisieren bereits einstweiligen Rechtsschutz. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Woher kommt denn jetzt auf einmal, kurz vor Weihnachten, dieser Eifer, Menschen, die sich jahrelang hier integriert haben, die geduldet wurden, aufgrund von fachlichen Entscheidungen der Ausländerbehörden von heute auf morgen aus ihren Lebenszusammenhängen herauszureißen? – Meine Kolleginnen und Kollegen, im Sommer dieses Jahres haben Sie die Ankunfts- und Rückkehrzentren in Bamberg und Manching eröffnet, zu einem Zeitpunkt, als fast keine Flüchtlinge mehr aus den Balkanstaaten zu uns kamen. Hier zählt nicht die Asylstatistik, weil man oft erst Wochen nach der Ankunft einen Asylantrag stellen kann. Hier müsste auf eine BüMA-Statistik zurückgegriffen werden, um die Frage zu prüfen. Aber auch die Asylstatistik zeigt einen deutlichen Rückgang von Flüchtlingen dieser Herkunft. Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, haben Einrichtungen geschaffen, die offenbar nun, nachdem viele der zur Jahreswende zu uns gekommenen Flüchtlinge schon freiwillig heimgereist sind oder zu einem geringeren Teil abgeschoben wurden, nicht mehr benötigt werden. Wir fordern Sie auf: Stoppen Sie das unwürdige Spiel des Verteilens lange bei uns geduldeter Flüchtlinge in diese Einrichtungen; schaffen Sie rechtsstaatliche Verfahren und Verlässlichkeit; korrigieren Sie die Fehlentscheidungen der Vergangenheit; wandeln Sie die Einrichtungen in Bamberg und Manching in geordnete Erstaufnahmeeinrichtungen um.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese werden nämlich anstelle der Rückkehreinrichtungen wirklich gebraucht. 22 % der Flüchtlinge in Bayern - und somit 22.600 Flüchtlinge - waren am 31.10. in dem Erstaufnahmesystem. Plätze gab es damals aber nur für 17.000. Das belegt eine Statistik aus Ihrem Hause. Es fehlten jede Menge Plätze. Seither hat sich daran nicht viel geändert. Am 22.10.2015 haben Sie im Ministerrat beschlossen, die Plätze im Erstaufnahmesystem auf 33.000 aufzustocken. Wir sagen: Stocken Sie die Plätze sofort auf; wandeln Sie die beiden Einrichtungen in Erstaufnahmeeinrichtungen um. Dann schaffen Sie viel Platz, auch in den Kommunen. Sie ermöglichen nämlich dann die Beendigung problematischer Turnhallen- und Zeltunterbringungen. Sie würden einen positiven Beitrag für ein geordnetes Asylverfahren leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Frau Kollegin. - Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Taşdelen von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

**Arif Taşdelen** (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einrichtung von Rückführungseinrichtungen ist ein Beschluss der Großen Koalition, und daran fühlen wir uns gebunden. Die SPD-Fraktion wird deshalb dem Antrag der GRÜNEN nicht zustimmen können. Da wir aber den Weihnachtsfrieden wahren wollen und der Antrag der GRÜNEN auch Aspekte enthält, die wir durchaus mittragen können, wird sich die SPD-Fraktion bei diesem Antrag enthalten.

Wir haben einen Antrag formuliert, bei dem wir meinen, dass ihm alle Fraktionen des Landtags zustimmen können. Wir wollen, dass ungenutzte Kapazitäten in Rückführungseinrichtungen für Flüchtlinge genutzt werden, die eine Bleibeperspektive haben. Die Gemeinschaftsunterkünfte sind nämlich überfüllt. Wir wollen dadurch sicherstellen, dass in Bayern genügend Kapazitäten für Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen werden. Wir wollen, dass aus den Gemeinschaftsunterkünften und den Erstaufnahmeein-

richtungen nur diejenigen Flüchtlinge aus dem Westbalkan in die Rückführungseinrichtungen in Bamberg und Manching verlegt werden, die nicht länger als einen Monat in der Erstaufnahmeeinrichtung verweilt haben und dort noch untergebracht sind. Meine Damen und Herren, Flüchtlinge aber, für die bereits umfassende Integrationsmaßnahmen stattfinden, sollen nicht in die Rückführungseinrichtungen in Manching oder Bamberg verlegt werden. Der Grund dafür ist - Frau Kollegin Kamm, Sie haben es ausgeführt –, dass nicht nur die erwachsenen Flüchtlinge Integrationsmaßnahmen besuchen, sondern auch ihre Kinder. In den freien Kapazitäten in Manching und Bamberg – vor allem in Bamberg haben wir freie Kapazitäten – könnten Flüchtlinge mit Bleibeperspektive untergebracht werden. Außerdem geht die Zahl der Flüchtlinge aus dem Westbalkan sehr stark zurück. Irgendwann werden folglich kaum mehr Flüchtlinge aus dem Westbalkan zu uns kommen, und die Rückführungseinrichtungen in Bamberg und Manching würden als Rückführungseinrichtungen überflüssig. Wir könnten deshalb schon jetzt einen Testbetrieb durchführen, indem wir dort schon einmal Flüchtlinge aus den Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften unterbringen.Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der SPD-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Herr Kollege Taşdelen, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Christine Kamm** (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege, es geht uns darum, dass Menschen, die sich integriert haben, durch die Rückführung nicht aus ihrem Lebenszusammenhang gerissen werden. Sie verweisen in Ihrem Antrag auf Menschen, die nach einem Monat vom Erstaufnahmesystem ins Gemeinschaftsunterkunftssystem gewechselt sind. Die Fallzahlen dürften aber minimal bis null sein, weil in der jetzigen Situation so etwas kaum vorgekommen ist. Da kann doch kein Dissens zwischen uns bestehen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Arif Taşdelen** (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Kamm, wir haben immer noch Flüchtlinge aus dem Westbalkan bei uns. Deshalb werden die Zahlen nicht bei null liegen. Wir kennen uns aus dem Sozialausschuss und wissen auch, wie wir ticken. Daher können Sie mir abnehmen, dass ich der Letzte bin, der Menschen, die sich hier über viele Jahre integriert haben, zurückführen möchte. Allerdings haben wir auf Bundesebene in der Großen Koalition einen Beschluss gefasst, der im Übrigen teilweise auch von den GRÜNEN im Bundesrat mitgetragen wurde. An diesen Beschluss fühlen wir uns gebunden.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat der Kollege Thomas Huber von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Huber** (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gestern wurde in Deutschland die Schallmauer von einer Million Flüchtlingen durchbrochen. 153.000 davon sind in Bayern. Diese einmalige humanitäre Leistung, liebe Kolleginnen und Kollegen, war vor Kurzem noch nicht vorstellbar. Einmalig ist sie deshalb, weil alle anderen europäischen Länder wesentlich weniger Flüchtlinge aufnehmen als wir. Frankreich wird nach den EU-Quoten in den nächsten beiden Jahren 30.000 Flüchtlinge aufnehmen. Großbritannien hat sich bereit erklärt, 20.000 Flüchtlinge aufzunehmen, allerdings innerhalb von vier Jahren. Das bedeutet, dass Deutschland heuer ungefähr 200-mal so viele Flüchtlinge aufnimmt wie Großbritannien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Vorwürfe der Opposition, Deutschland und besonders Bayern würden immer noch zu wenige Flüchtlinge aufnehmen oder diese nicht human genug behandeln, gehen deshalb an der Realität in Europa vorbei.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer sagt das? Wer behauptet das?)

- Lesen Sie die Begründung! – Hinzu kommt, dass wir die Flüchtlingskrise nur deshalb bewältigen, weil in unserem Land eine grenzenlose Hilfsbereitschaft besteht und weil sowohl hauptamtliche Kräfte als auch ehrenamtliche Helfer Tag und Nacht arbeiten. An dieser Stelle möchte ich auch von diesem Platz aus allen Beteiligten danken. Herzliches "Vergelts Gott"!

(Beifall bei der CSU)

Wir bewältigen diese Flüchtlingskrise auch deshalb, weil wir es in den letzten Monaten geschafft haben, die Zahl der Flüchtlinge aus den sicheren Herkunftsstaaten deutlich zu reduzieren. Gegen die Festlegung dieser sicheren Herkunftsstaaten sind vor allem die GRÜNEN und lange auch die SPD Sturm gelaufen und haben uns, die CSU, dafür heftig kritisiert. Wie würden wir heute dastehen, wenn wir damals nicht standhaft geblieben wären und nicht sichere Herkunftsstaaten festgelegt hätten?

Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN betrifft die beiden besonderen Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Manching und in Bamberg, die für Asylbegehrende aus den Westbalkanstaaten mit geringer Bleibeperspektive eingerichtet wurden. Auch diese beiden Einrichtungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Kamm, sind Erstaufnahmeeinrichtungen, allerdings mit dem Unterschied, dass dort die Verfahren beschleunigt durchgeführt werden. Das Ziel ist eine Verfahrensdauer von bis zu vier Wochen, damit Asylbegehrende aus den Westbalkanstaaten mit geringer Bleibeperspektive schnell in ihre Heimat zurückgeführt werden können und die betroffenen Familien auch Gewissheit über ihre Zukunft erhalten. Dabei reden wir aktuell noch immer von einer Größenordnung von 13.000 Menschen bei uns in Bayern. Über die Asylanträge dieser 13.000 Menschen aus den Westbalkanstaaten muss nun in den besonderen Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Manching und in Bamberg schnell entschieden werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, an den sich die SPD mit ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag angehängt hat, enthält vier Forderungen an die Bayerische Staatsregierung. Die erste Forderung lautet, die Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Bamberg und Manching in Erstaufnahmeeinrichtungen umzuwandeln. Dazu habe ich bereits Einiges gesagt. Ich möchte aber nochmals betonen, dass es sich bei diesen Einrichtungen um spezielle Aufnahmeeinrichtungen handelt, die ganz bewusst eingerichtet wurden, damit die Asylverfahren von Staatsangehörigen aus den Westbalkanstaaten gezielt und beschleunigt bearbeitet werden können. Deshalb sind dort auch speziell für Asylverfahren von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten geschulte Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge tätig.

Darüber hinaus sind in Bamberg und in Manching alle weiteren notwendigen Behörden präsent, um eine effektive Verfahrensbeschleunigung zu erreichen. 13.000 Asylsuchende aus den Westbalkanstaaten sind ungefähr so viele, wie Großbritannien heuer laut seinen Ankündigungen aufnehmen will. Ich bin jetzt schon auf die offiziellen Aufnahmezahlen der britischen Regierung für 2015 gespannt. Deswegen brauchen wir die Aufnahme- und Rückführungseinrichtungen in Manching und in Bamberg nach wie vor dringend. Es gibt keinerlei Veranlassung, sie in reguläre Aufnahmeeinrichtungen umzuwandeln.

Die zweite Forderung des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN lautet, die Umverteilung aus Gemeinschaftsunterkünften nach Bamberg und Manching unverzüglich zu stoppen. Für diese Forderung habe ich überhaupt kein Verständnis. Sie hätte zur Folge, dass die gewünschte Beschleunigung von Verfahren von Asylbewerbern aus den Westbalkanstaaten nicht mehr möglich wäre. Das wäre ein vollkommen falsches Signal; denn auch für die betroffenen Menschen aus den Westbalkanstaaten ist es doch wichtig, dass sie so schnell wie möglich erfahren, ob sie eine Bleibeperspektive haben.

(Beifall bei der CSU)

Diese Bleibeperspektive gibt es eben für die überwältigende Mehrzahl dieser Menschen nicht. Die SPD-Landtagsfraktion fordert in ihrem Dringlichkeitsantrag, die Staatsregierung habe dafür Sorge zu tragen, dass Umverteilungen aus anderen Einrichtungen in die beiden Aufnahmeeinrichtungen in Bamberg und in Manching nur in Ausnahmefällen stattfinden. Damit unterläuft sie aber ganz gezielt die Beschlüsse der Bundesregierung und der Ministerpräsidenten zu den sicheren Herkunftsländern. Ich frage mich, liebe SPD, ob Sie überhaupt noch wissen, was Sie tun und tun wollen und ob Sie sich auch an Koalitionsvereinbarungen halten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Doch!)

Ziel dieser Festlegung ist es gerade, Menschen aus diesen Ländern so rasch wie möglich wieder in ihre Heimat zurückzuführen.

Die dritte Forderung des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN lautet, Integrationsbemühungen von Asylsuchenden nicht weiter durch vermeidbare Umverteilungen zu verhindern. Ich bitte um Verständnis, liebe Kolleginnen und Kollegen; vermeidbar sind Umverteilungen von Asylbewerbern aus den Westbalkanstaaten, wie eben geschildert, leider eben nicht. Im Gegenteil, sie sind entscheidend, um schnell über deren Asylanträge entscheiden zu können und sie nach einer Ablehnung wieder schnell in ihre Heimat zurückführen zu können.

Die vierte und letzte Forderung der GRÜNEN lautet schließlich, darauf hinzuwirken, dass bei Aufenthaltsentscheidungen Integrationsleistungen berücksichtigt werden. Diese Forderung widerspricht klar dem geltenden Asylrecht; denn bei Asylbewerbern erfolgt eine Aufenthaltsentscheidung nur dann, wenn dem Asylantrag stattgegeben wird. Auf Integrationsleistungen kommt es hier gerade nicht an.Bei Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten kommt es überdies nur in seltenen Ausnahmefällen zu stattgebenden Entscheidungen des BAMF. Der Aufenthalt aller übrigen Asylbewerber ist so schnell wie möglich zu beenden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Forderung der SPD, sicherzustellen, dass ausreichend Kapazitäten für Erstaufnahmeeinrichtungen im Freistaat vorhanden sind, ist berechtigt. Aber genau das tun wir hier in Bayern; die bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen sind bereits massiv ausgebaut worden. An dieser Stelle ein herzliches "Vergelts Gott!" an unsere zuständige Ministerin Emilia Müller. Vielen Dank, liebe Frau Ministerin! Morgen werden die Erstaufnahmeeinrichtungen in Regensburg und Augsburg eröffnet. Nächste Woche erfolgt die Eröffnung der Aufnahmeeinrichtung in Bayreuth. Damit stehen in allen Bezirken voll funktionsfähige Erstaufnahmeeinrichtungen mit entsprechenden Dependancen zur Verfügung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zwei Jahre zu spät, Herr Kollege!)

Außerdem werden die bestehenden Erstaufnahmekapazitäten bereits bis Jahresende, also in den nächsten drei Wochen, von 18.000 Plätzen auf insgesamt 27.000 Plätze erhöht.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kamm, da Sie uns vorwerfen, es habe sich nicht viel getan, fordere ich Sie auf, sich einmal mit der Realität zu befassen. Schauen Sie in das Land! Dann werden Sie sehen, wie gut hier gearbeitet und was hier alles geleistet wird. Ziel ist es, die Kapazitäten auf bis zu 45.000 Plätze aufzustocken.

Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen, die vorliegenden Anträge der GRÜNEN und der SPD widersprechen unserem Ziel, die Asylverfahren von Menschen mit geringer Bleibeperspektive aus sicheren Ländern zu beschleunigen. Frau Kollegin Kamm, die Beschleunigung liegt sowohl in unserem Interesse als auch im Interesse der Asylbewerber; denn lange Asylverfahren sind für alle Familien eine große Belastung. Deshalb werden wir die beiden Dringlichkeitsanträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Kollege. – Ich bitte, am Rednerpult zu bleiben. Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, anschließend Herr Kollege Taşdelen. Zunächst einmal Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Christine Kamm** (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Huber, eine Vorbemerkung: Ich schaue sehr wohl in das Land und sehe Turnhallen, die voll sind mit Flüchtlingen im Erstaufnahmesystem.

Sie haben ferner gesagt, aus den Beschlüssen zu den sicheren Herkunftsstaaten folge zwingend, die Menschen, die schon jahrelang hier lebten, in eine der beiden Einrichtungen, Bamberg oder Manching, zu überführen. Das ist definitiv nicht der Fall. Ordentliche Asylverfahren können durch die Ausländerbehörden auch in den Landkreisen durchgeführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Frau Kollegin. – Herr Kollege Huber, Sie haben das Wort.

**Thomas Huber** (CSU): Frau Kollegin Kamm, Sie wissen genauso gut wie wir, dass die Turnhallen deswegen überfüllt sind, weil die Anzahl der Menschen es einfach nicht mehr erlaubt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Asylverfahren zügig und ordentlich abarbeitet. Die Entscheidung, Menschen mit geringer Bleibeperspektive nach Bamberg oder Manching zu überführen, haben wir getroffen, damit dort die Asylverfahren schnell durchgeführt werden können.

Was war Ihre zweite Frage, Frau Kamm? Ich habe es leider vergessen.

**Christine Kamm** (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Die Entscheidung über sichere Herkunftsstaaten erfordert keineswegs die Umverteilung von Menschen, die schon jahrelang bei uns leben, in die Einrichtungen in Bamberg und Manching.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die hier seit Jahren zu Unrecht leben!)

Geordnete Asylverfahren können auch in jedem Landkreis durch die Ausländerbehörden durchgeführt werden.

**Thomas Huber** (CSU): Frau Kamm, dazu sage ich Ihnen nur eines: Es geht um Personen, von denen einige seit Jahren zu Unrecht in unserem Land sind. Jetzt wird dazu beigetragen, dass die Verfahren schnell abgearbeitet und die Personen nach einer ablehnenden Entscheidung zurückgeführt werden.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön. – Jetzt ist Kollegşdelen mit seiner Zwischenbemerkung dran.

**Arif Taşdelen** (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Huber, Sie haben die SPD-Fraktion direkt angesprochen. Sie haben gefragt, ob wir noch wüssten, was wir tun. Glauben Sie mir: Wir wissen sehr wohl, was wir tun.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann halten Sie sich an den Koalitionsvertrag!)

Wenn Sie uns im Bayerischen Landtag nicht hätten, dann hätten Sie ein ganz großes Problem.

(Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Wenn Sie die GRÜNEN nicht hätten, dann wüssten Sie nicht einmal, was die zweite Frage war.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Huber, was spricht denn dagegen, dass auch schon für Asylbewerber, die noch in einer Erstaufnahmeeinrichtung sind, Integrationsmaßnahmen beginnen? Dazu zählen beispielsweise Integrationskurse. Die Menschen können dort belassen und das Asylverfahren kann dort abgewickelt werden.

Jetzt schaue ich zu unserem Finanzminister hinüber: Es kostet doch auch Geld, den Transport der Asylbewerber und ihrer Familien in die Rückführungseinrichtungen Manching oder Bamberg zu organisieren. Wir wollen das nicht zur Regel machen, aber in den Fällen, in denen Menschen schon an Integrationskursen teilnehmen oder sonstige Integrationsleistungen erbringen, sollten sie nicht nach Manching oder Bamberg gebracht werden, insbesondere dann nicht, wenn dadurch Kinder aus ihrem Umfeld, an das sie sich mühsam gewöhnt haben, herausgerissen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, wie gesagt, dadurch auch Geld sparen; denn das Ganze zu organisieren, kostet etwas. Daher spricht überhaupt nichts gegen unseren Vorschlag.

Wenn ich es richtig weiß, liegt die Kapazität in Bamberg im Moment bei über 1.500 Plätzen. Im Moment sind dort – wenn die Informationen, die ich habe, richtig sind – über 800 Flüchtlinge aus dem Westbalkan untergebracht. Es spricht nichts dagegen, Asylbewerber, die in Erstaufnahmeeinrichtungen keinen Platz haben, dort unterzubringen. Deswegen verstehe ich Ihre Argumentation nicht ganz.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Taşdelen. – Herr Kollege Huber, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Thomas Huber** (CSU): Herr Kollege Taşdelen, zu dem Punkt "Einhaltung des Koalitionsvertrages" brauche ich nicht viel zu sagen, sondern nur an Ihre einleitenden Worte von heute Morgen zu erinnern. Sie behaupten, Sie hielten sich an den Koalitionsvertrag. Andererseits wollen Sie sich zu dem Antrag der GRÜNEN der Stimme enthalten. Dieses Verständnis von der Einhaltung von Koalitionsverträgen kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen. Das machen wir in Zukunft auch so.

(Beifall bei der CSU)

Um auf Ihre Kernfrage zurückzukommen – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Flexibilität im Umgang mit Koalitionsverträgen ist die Spezialdisziplin der CSU!)

– Hören Sie bitte zu. – Herr Taşdelen, wir sind uns sicherlich alle einig, dass es in Einzelfällen hart ist, Entscheidungen in der Situation, in der wir uns befinden, zu treffen. Für einzelne Familien, die jetzt möglicherweise aus ihrem gewohnten Lebensumfeld herausgerissen werden, ist es besonders hart. Aber in Bamberg und in Ingolstadt sind nun einmal schnellere Verfahren gewährleistet, weil die dortigen Behörden mit dem entsprechenden Personal ausgestattet sind und mit den zuständigen Bundeseinrichtungen in engem Kontakt stehen. Auch gibt es dort eine ausreichende Zahl an Verwaltungsrichtern. Damit wird gewährleistet, dass die Verfahren beschleunigt durchgeführt werden können. Die Menschen erlangen schnellstens Gewissheit, wie es mit ihnen und ihren Familien weitergeht. Aus den genannten Gründen halte ich es für sinnvoll, diese Entscheidungen – und seien sie noch so hart; wir wissen, dass es, menschlich gesehen, in Einzelfällen nicht einfach ist – so zu treffen.

Zu Ihrem Vorwurf, dort fehle die Beschulung, sage ich: Auch in diesen beiden Einrichtungen sind Schulklassen eingerichtet worden. Beschulung und Betreuung finden in beiden Einrichtungen statt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Nein! Das ist überhaupt nicht wahr!)

Ich denke, das ist der Beitrag, den wir an dieser Stelle leisten können und leisten sollten.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Eva Gottstein** (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kamm hat vorhin viele berührende Beispiele genannt und die Situation sicherlich richtig geschildert. Aber die vielen Zahlen, die Herr Kollege Huber soeben genannt hat, stimmen natürlich auch.

Auch ich möchte die Chance nutzen und an dieser Stelle allen danken, die in den vergangenen Monaten bis an ihre Belastungsgrenze und darüber hinaus gegangen sind und sich dafür eingesetzt haben, dass alle hier ankommenden Asylbewerber ein Dach über dem Kopf erhalten, einen Schlafplatz bekommen und, wenn auch manchmal notdürftig, versorgt werden.Ein herzliches Dankeschön; denn das ist bei uns in Bayern geschehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mein Dank an dieser Stelle gilt ein weiteres Mal der bayerischen Polizei, der Bundespolizei, der Verwaltung, den Kommunen und natürlich – das muss man immer wieder betonen – den vielen Ehrenamtlichen, ohne die die Lage noch so erträglich wäre, wie sie trotz der hohen Zahlen ist.

Wir wissen aber alle, dass besonders in diesem Bereich nicht alles, was wünschenswert ist, auch umsetzbar ist. Natürlich wünschen wir alle uns theoretisch, dass jeder in Deutschland, in Bayern sein Glück finden könnte, aber – und auch das wissen wir doch – das geht nicht. Wir sind in der Realität angekommen. Innerhalb eines Jahres sind eine Million Menschen angekommen. Wir alle – wenn wir ehrlich sind – wissen nicht, wie es weitergeht. Das bedeutet, dass wir alle Bereiche, die von der Asylproblematik betroffen sind, einem Realitätscheck unterziehen müssen. Liebe Kollegen, vor allem liebe Kollegen von den GRÜNEN, wir haben den Eindruck: Sie sind noch nicht in der Realität angekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU – Widerspruch der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Wir alle haben schnellere Verfahren gefordert. Wir alle haben vor Wochen, vor Monaten gewusst: Etwas muss sich ändern. Wir haben Einrichtungen geschaffen. Bamberg und Manching bewähren sich. Man wollte den Anreiz etwas verringern. Dies hat gefruchtet. Es ist auch ein klares Signal gesetzt worden. Sie alle haben doch daran mitgewirkt, dass die Zahl der sicheren Herkunftsländer vergrößert wurde. Sie alle wollten doch dazu beitragen, dass entsprechend gehandelt wird, damit wir Möglichkeiten haben, die Flüchtlingsströme, die wir auf Dauer in diesem Umfang nicht bewältigen können, einzudämmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daher muss man eben auch diesen Schritt gehen. Dieser Weg – auch Kollege Huber hat es gerade gesagt – ist im Einzelfall sicher hart, aber er ist notwendig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Frau Kamm, von Ihnen wurde vorher gesagt, wie schlimm es sei, wenn Asylbewerber aus ihrem Umfeld herausgerissen werden, weil sie teilweise schon beschult werden usw. Sie machen sich doch etwas vor. Es wird doch noch schlimmer, wenn sie abgeschoben werden. Wenn die Verfahren abgeschlossen sind, müssen sie ausreisen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Es ist einfacher, ihnen vorher gar keine Hoffnungen zu machen. Das ist einfach besser.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Josef Zellmeier (CSU): Sehr richtig!)

Es ist unehrlich, ihnen etwas vorzugaukeln, was man nicht durchhalten kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Sehr richtig!)

Zu der Forderung im Antrag der SPD, Umverteilungen aus Gemeinschaftsunterkünften innerhalb eines Monats vorzunehmen: Das ist in unseren Augen unrealistisch. Deswegen müssen wir auch diesen Antrag ablehnen.

Sowohl beim Antrag der GRÜNEN als auch beim Antrag der SPD fällt uns auf, dass Sie auf einmal anfangen, Integrationsleistungen zu honorieren. Damit begehen Sie einen Systembruch. Nach dem Asylrecht ist die Lage in den Herkunftsländern zu beurteilen, aber nicht die geleistete Integration in unserem Land. Das ist nicht der Sinn des Asylrechts und würde das gesamte System aushöhlen. Wir reden immer davon, wie wichtig es ist, die Regeln unseres Rechtsstaates einzuhalten. Dann dürfen Sie aber nicht durch die Hintertür neue Regelungen einführen, die dem Asylrecht nicht entsprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Uns allen ist bewusst, dass die Situation im Einzelfall bitter und schmerzlich ist, und natürlich ist es in einer gewissen Weise unfair, dass Leute, die zum Beispiel schon sehr lange geduldet wurden, ausbaden müssen, dass man die Regelungen nicht rechtzeitig umgesetzt hat, dass die Bundesregierung viel zu spät erkannt hat, dass dieses Problem auf uns zukommt, und dass man letztendlich auch in Bayern zwar reagiert hat, allerdings sehr langsam. Dies müssen nun viele Familien ausbaden. Das ist menschlich-humanitär unfair. Wir müssen aber bei unseren Regeln bleiben. Wir tragen eine nachhaltige Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Dies müssen wir auch in manchen relativ bitteren Einzelfällen durchstehen. Ich meine, dieser Weg bleibt uns nicht erspart. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke. Frau Gottstein, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christine Kamm** (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Kollegin Gottstein, wir tragen selbstverständlich auch Verantwortung für Menschen, die schon jahrelang hier leben und sich integriert haben. Ich möchte Ihnen etwas zu unserer Forderung sagen, Integrationsleistungen anzuerkennen. Wir meinen damit nicht das Asylrecht. Wir haben gefordert, Integrationsleistungen im Zusammenhang mit Fragen des Aufenthalts anzuerkennen. Natürlich gibt es ein Bleiberechtsgesetz, von dem Sie vermutlich auch schon einmal gehört haben, das derzeit beispielsweise besagt, dass Familien nach sechs Jahren bei guter Integrationsprognose ein Bleiberecht erhalten können. Deshalb ist es mehr als ärgerlich, wenn Familien, die schon fünfeinhalb Jahre hier leben, jetzt noch schnell nach Manching oder Bamberg geschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Frau Kollegin. – Frau Kollegin Gottstein, Sie haben das Wort.

**Eva Gottstein** (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe jetzt mehrmals betont, dass uns bewusst ist, dass dies im Einzelfall für diese Familien sehr bitter ist. Es ist aber trotzdem so, dass wir in diesem - -

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Frau Kollegin Gottstein, ich bitte um mehr Ruhe

(Allgemeine Heiterkeit)

auf der einen Seite des Hauses, damit Sie in aller Ruhe reden können und verstanden werden.

**Eva Gottstein** (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Jetzt bin ich schon erschrocken. –

(Allgemeine Heiterkeit)

Danke, Herr Vizepräsident. Wir hatten hier ja schon manchmal – wobei Sie natürlich im Recht waren – verschiedene Meinungen. Dies heißt also, dass ich mich weiter äußern darf.

(Allgemeine Heiterkeit)

Natürlich ist uns auch das Bleiberecht bewusst. Wir sprechen heute aber konkret über zwei Anträge mit anderen Zielvorstellungen. Diese Ziele tragen wir nicht mit. Deswegen lehnen wir diese Anträge ab.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich zum Beispiel großen Respekt vor jedem Polizisten habe, der am Abschiebeprozess beteiligt ist. Es macht einen Riesenunterschied aus, ob man Regeln beschließt oder ob man dafür sorgt, dass Regeln, die wir für notwendig halten, durchgesetzt werden, und damit in der Praxis konfrontiert ist. Gerade die Leute, die auch jetzt, auch in der Weihnachtszeit Abschiebungen vornehmen, verdienen Respekt. Es geht nämlich leider nicht anders. Ich meine, es gibt immer wieder Lebensbereiche, in denen wir erkennen müssen, dass das Leben hart ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

**Staatsministerin Emilia Müller** (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Sozialministerin bin ich es gewohnt, dass der Tag mit Asyl beginnt und am Abend mit Asyl endet. Das ist auch im Plenum der Fall. Ich möchte Ihnen auch sagen: Für die Staatsregierung gibt es klare Prinzipien der Unterbringung der Asylbewerber. An erster Stelle steht nämlich die Humanität. Dies ist selbstverständlich auch in den Einrichtungen in Bamberg und in der Max-Immelmann-Kaserne in Manching gewährleistet. In Bamberg haben wir derzeit eine Kapazität von 1.200 Personen. In der Max-Immelmann-Kaser-

ne haben wir ebenfalls eine Kapazität von 1.200 Personen. In der Max-Immelmann-Kaserne befinden sich 1.000 Asylbewerber, und in Bamberg sind derzeit 800 Asylbewerber untergebracht. Es handelt sich um ein System mit Zugang und Abgang, Rückführung und freiwilliger Rückkehr.

Wir haben es in der letzten Zeit geschafft, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen bei uns in Bayern keine Asylbewerber aus dem Westbalkan mehr sind. Umso wichtiger ist, dass wir jetzt alle die Menschen, die in der Fläche verteilt sind, nach Bamberg und nach Manching holen. Bei diesen Einrichtungen handelt es sich um Erstaufnahmeeinrichtungen im Sinne des Gesetzes, auch wenn sie einen anderen Namen haben.

Die Staatsregierung stellt in diesen Einrichtungen eine Beschulung sowie eine Kinderbetreuung sicher. Dort sind Lehrkräfte, und wir beschulen die Kinder. Wir haben dort auch eine ärztliche Versorgung; das ist vollumfänglich gewährleistet. Es sind also alle Funktionen einer normalen Erstaufnahmeeinrichtung vorhanden. Es gelten auch dieselben Standards; ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen.

Die Einrichtungen haben allerdings den normalen Erstaufnahmeeinrichtungen einiges voraus. In diesen Einrichtungen arbeiten auf Drängen der Staatsregierung spezialisierte Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, auch geschulte Entscheider. Diese wurden speziell für die Asylverfahren von Personen aus sicheren Herkunftsländern, insbesondere natürlich aus dem Westbalkan, geschult. Dort sind auch die benötigten Dolmetscher tätig. Ebenso sind alle weiteren Behörden vor Ort, und alle Behörden arbeiten Hand in Hand, um ein beschleunigtes Verfahren zu gewährleisten. Dort ist die Ausländerbehörde,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und dort ist auch das Verwaltungsgericht, um effektive Beschleunigungen herbeizuführen.

Die Koalitionsspitzen von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene haben sich auf die Einrichtung von drei bis fünf solcher besonderen Einrichtungen in Deutschland verständigt. So kann dem Begehren aller nach schnellen Asylverfahren Rechnung getragen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, humanitäre Asylverfahren bedeuten für mich auch, dass die Asylbewerber schnell Klarheit darüber bekommen, ob sie in Deutschland bleiben können oder ob sie in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt möchte ich schon ganz klar und deutlich sagen: Das gilt nicht nur für Neuankömmlinge aus sicheren Herkunftsländern, sondern gerade auch für diejenigen, die zwischenzeitlich in die Anschlussunterbringungen verbracht wurden, und zwar auch dann, wenn die Asylbewerber schon länger als einen Monat dort sind. Wegen der Vielzahl der Asylbewerber in diesem Jahr und der bereits mehrfach breit diskutierten Probleme beim BAMF haben sich viele Asylverfahren erheblich verzögert. Die Staatsregierung hat seit Jahren auf eine ausreichende Personalausstattung des BAMF gedrängt; denn nur schnelle Verfahren helfen den Asylbewerbern, geben Auskunft über ihren Status und sind auch ganz in unserem ureigensten bayerischen Interesse.

Parteiübergreifend waren sich alle Ministerpräsidenten einig, dass die Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer eingestuft worden sind. Für Personen aus dem Westbalkan bestehen daher weiterhin nur äußerst geringe Chancen, eine Anerkennung und ein Bleiberecht zu erhalten. Mittlerweile hat es sich auch im Balkan, in allen Balkanländern, herumgesprochen, dass es sich nicht lohnt, nach Deutschland zu gehen, weil man hier keine Bleibeperspektive zu erwarten hat. Wir können auch verzeichnen, dass sich die Zahl der freiwilligen Rückreisen enorm gesteigert hat. Das ist auch eine Ergebnis von Bamberg und von Manching, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir dürfen den Menschen aus dem Balkan keine falschen Hoffnungen machen und ihnen suggerieren, sie könnten hier ihr Leben gestalten und eine Zukunftsperspektive für sich aufbauen. Wir sollten die Verfahren beschleunigen, und wir sollten den Asylbewerbern klar sagen, dass sie hier keine Bleibeperspektive haben werden.

Dieses Vorgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, beeinträchtigt die Integration nicht; denn ein Anspruch auf Integration besteht für die Personen aus dem Westbalkan nicht. Die Asylbewerber aus dem Westbalkan werden mit höchster Wahrscheinlichkeit hier keinen Bleibestatus bekommen und unser Land verlassen müssen.

Durch die Umverteilung wird die Integration derjenigen, die eine gute Bleibeperspektive haben, die aus Krisengebieten kommen, die aus Kriegsgebieten kommen oder vor der Gewalt des IS geflohen sind, absolut verbessert, weil damit Plätze freigemacht werden. Schon deshalb müssen wir diejenigen, die kein Asylrecht haben und ihr Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben, konsequent und schnell zurückführen. Ich möchte auch klar betonen, dass wir allen, die nach Bamberg oder Manching kommen, sofort raten, das Land freiwillig zu verlassen und freiwillig zurückzukehren. Das unterstützen wir absolut.

Seit dem Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes am 24. Oktober wird nun auch bundesgesetzlich zwischen Personen mit guter Bleibeperspektive und Personen mit geringer Bleibeperspektive unterschieden. Dafür bin ich sehr dankbar, weil wir hier eine klare Trennung bei allen Integrationsleistungen haben. Personen mit geringer Bleibeperspektive sollen in einem schnellen Asylverfahren behandelt werden, um eine zügige Rückführung sicherzustellen. Diese Gruppe soll zur Verfahrensbeschleunigung bis zum Abschluss des Asylverfahrens in den Aufnahmeeinrichtungen verbleiben. Nichts anderes setzt Bayern hier um. Wir setzen das um, was auf Bundesebene mitgetragen und beschlossen worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Generell gilt: Kein Asylbewerber hat von Gesetzes wegen einen Anspruch darauf, sich in einem bestimmten Land oder an einem bestimmten Ort aufzuhalten. Ich betone hier auch noch einmal: In Bayern kann man an jedem Ort leben.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen – das wird immer bestritten –, unabhängig von den beiden Aufnahmeeinrichtungen Bamberg und Manching unsere bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen bereits massiv ausgebaut. In allen sieben Regierungsbezirken stehen voll funktionsfähige Erstaufnahmeeinrichtungen mit entsprechenden Dependancen zur Verfügung. Sie alle haben ab dieser Woche eine Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Herr Weise hat sofort nachbestückt und Regensburg, Bayreuth und Augsburg auf seine Liste genommen. Dafür bin ich dankbar. Wir haben unser Ziel, sieben voll funktionsfähige Erstaufnahmeeinrichtungen in unseren Regierungsbezirken, erreicht.

Ich darf betonen, wo wir begonnen haben. Wir haben in den Erstaufnahmeeinrichtungen mit einer Kapazität von 1.850 Plätzen, 1.200 reguläre Plätze in München und 650 reguläre Plätze in Zirndorf, begonnen und können bis zum Jahresende 27.000 Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen verzeichnen. Wir bauen weiter auf 45.000 Plätze aus. Ich finde, das ist eine gewaltige Anstrengung und eine gewaltige Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Nebenbei haben wir für extreme Zugänge und für Extremfälle nach wie vor unseren Notfallplan mit 20.000 Plätzen, den wir aktivieren können. Die Staatsregierung hat diesbezüglich ein Gesamtkonzept für den Bereich der Unterbringung entwickelt und setzt es konsequent um. Den Anträgen der Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD kann deshalb nicht gefolgt werden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Frau Staatsministerin, die Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. - Sie haben jetzt das Wort. Bitte schön.

**Christine Kamm** (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Ministerin, Sie haben die beiden Einrichtungen Bamberg und Manching gelobt. Können Sie mir sagen, wie viele Asylsozialberatungsstellen tatsächlich geschaffen worden sind und wie viele Asylsozialberater mittlerweile in beiden Einrichtungen tätig sind?

Können Sie mir auch sagen, warum es den Menschen in diesen Einrichtungen verwehrt ist, normale Rückkehrberatungsstellen der freien Träger in Anspruch zu nehmen, warum sie ausschließlich auf die Rückkehrberatungsangebote der dortigen Ausländerbehörde angewiesen sind?

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

**Staatsministerin Emilia Müller** (Sozialministerium): Frau Kamm, Menschen, die auf dem Gelände sind, haben es doch einfacher, wenn sie sich vor Ort beraten lassen. Ich bitte Sie: Da muss man keinen eigenen Tourismus aufbauen und sie irgendwo hinfahren, damit sie sich bei bestimmten NGOs beraten lassen können.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen stehen wir mit der Arbeiterwohlfahrt in Bamberg auch im Hinblick auf die Asylsozialberatung in Kontakt. Dort sind zurzeit zwei Personen aktiv. Ich kann nur sagen, dass wir damit eine niederschwellige Asylsozialberatung haben. Wir sind der Auffassung: Die Menschen sollten so schnell wie möglich, möglichst innerhalb von vier Wochen wieder zurückgeführt werden können.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Frau Staatsministerin.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9372, dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Fraktion der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den nächsten Dringlichkeitsantrag, Drucksache 17/9394. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU und die FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.